

№ 122. 1845.



Zei-tung des Großherzogthums Posen.

Im Verlage der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Redakteur: G. Müller.

Donnerstag den 29. Mai.

Inland.

Berlin den 27. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Land- und Stadtgerichts-Direktor Scotti zu Neustadt in Schlesien zum Kreis-Justizrath des Neustädter Kreises zu ernennen; so wie dem Justiz-Kommissarius und Notarius Franzki in Löwenberg, dem Patrimonialrichter Heinzel zu Glogau, den Justiz-Kommissarien und Notarien Zimmermann zu Dortmund und Voßwinkel zu Hagen, und dem Gerichtsamtmann Gellern zu Petershagen den Charakter als Justizrath zu verleihen.

Der Minister-Resident der freien Hansestadt Hamburg am hiesigen Hofe, Godeffroy, ist von Hamburg angekommen. — Se. Excellenz der General-Lieutenant, Chef der Land-Gendarmerie und Kommandant von Berlin, von Ditfurth, ist nach Schlesien abgereist.

Es kommt allerdings eigentlich im Staatsleben auf die Autoritäten anderer Völker wenig oder nichts an, und jedes Volk hat ein Recht, eine vernünftige Einrichtung seines Staatswesens zu haben, wenn auch kein anderes eine solche hätte. Auch beweist in der Regel die Möglichkeit und Nützlichkeit einer Einrichtung bei dem einen Volke gar nichts für die Möglichkeit und Nützlichkeit derselben bei dem andern. Denn die Verhältnisse, Zustände, Richtungen der Völker sind sehr durchgreifend verschieden, wenn auch nicht immer der erste oberflächliche Blick diese Verschiedenheit erkennt. Indessen es ist bei gewissen Agitatoren Mode, das Deutsche Volk durch Frankreich und England zu stacheln und ihm einzureden, seine Ehre litte darunter, daß es diese und jene Einrichtung nicht besitze, die andere Völker hätten. Man fragt dabei freilich nicht, ob es sich besser dabei befinden würde, worauf doch Alles ankommt. Auch haben wir nie gehört, daß man den Franzosen gesagt hätte, die Deutschen ständen mit ihrer geordneteren, gewissenhaftern Verwaltung, ihrem redlichern Geiste des ganzen Staatswesens, ihren ohne Vergleich vorzüglichern Bildungsanstalten, oder, wenn wir bei dem Kapitel der Freiheit stehen bleiben wollen, ihrer Gemeindefreiheit so viel höher auf der Stufenleiter der Staatsordnung. Oft hat man dagegen gesagt: England und Frankreich hätten das wahre Repräsentativsystem, und oft hat man die Preußische Vertretung getadelt, daß sie die Landstandschaft an den Grundbesitz binde. Da erinnert denn jetzt der Herr v. Henning in seiner tüchtigen Schrift „Zur Verständigung über die Preuß. Verfassungsfrage" sehr richtig, daß in Frankreich die Wählbarkeit durch einen Wahlcensus von 500 Fr. direkter Grundsteuer und das Wahlrecht durch einen Census von 200 Fr. direkter Steuer bedingt ist, nach der Französ. Grundsteuerverfassung aber gegenwärtig höchstens 14 Proc. vom Reinertrage der Grundstücke erhoben werden, wo denn 200 Fr. Grundsteuer einem Grundbesitze von etwa 35,000 Fr. oder 8750 Thlr. Capitalwerth, und 500 Fr. Grundsteuer einem Grundbesitze von 87,500 Fr. oder 21,875 Thlr. Capitalwerth entsprechen würden. Ganz richtig ist die Sache zwar nicht; denn bei dem Wählercensus wird, unsers Wissens, nicht direkte Grundsteuer, sondern blos überhaupt direkte Steuer gefordert, während der Wahlfähigkeitscensus allerdings an die Grundsteuer gebunden ist. Immer bleibt aber doch das Resultat, daß die kleinern Eigenthümer von dem Französ. Wahlrechte weit mehr aus-

geschlossen sind, als in Deutschland gebräuchlich, und daß die Französ. Deputirten sämmtlich Grundbesitzer seyn müssen, welche mindestens unsern kleinen Rittergutsbesitzern gleichkommen. In England aber ist zwar das Wählerrecht viel ausgedehnter als in Frankreich, aber auch immer an eine Beziehung zu dem Boden gebunden und außerdem durch die bekannten Clientelarverhältnisse beherrscht; für die Wahlfähigkeit aber wird in den Grafschaften eine reine Grundrente von 600 Pf. St., also ein Grundvermögen von mehr als 100,000 Thlr. erfordert. Auf England und Frankreich können sich also die Verehrer der reinen Repräsentation und Diejenigen, welche da meinen, der Grundbesitz schließe die Intelligenz aus, nicht berufen.

Berlin. — Die am Abend des 21sten d. Mts. stattgefundene Gemeinde-Versammlung der Deutsch-Katholiken, die eine außerordentlich zahlreiche war, hatte den Zweck, eine bestimmte Entscheidung über den Protest, welcher von einigen Mitgliedern gegen das Berliner Glaubensbekenntniß eingelegt worden, herbeizuführen. Aus dem Resultat dieser in vielem Betracht merkwürdigen Versammlung ergab sich, daß die früher von Ihrer Zeitung und den beiden hiesigen Zeitungen gegebenen Nachrichten über eine völlige Ausgleichung des ausgebrochenen Zwiespalts insofern vorzeitig waren, als auch jetzt noch über die dogmatische Abweichung, auf welche es hier ankommt, nichts bestimmt worden, sondern alle Auseinandersetzungen über das Dogma künftigen rein theologischen Erörterungen, auf einem neuen, deshalb zu bescheunigenden Concil, vorbehalten worden sind. Die letzte Versammlung hatte ohne Zweifel das entschiedenste Recht, durch eine solche Beschlußnahme das in die Mitte der Gemeinde eingedrungene Schisma vorläufig als ein nichtvorhandenes zu betrachten, und somit das Ignoriren desselben zu beschließen, denn dies zu einem Beschluß erhobene Ignoriren ist die einzige Ausgleichung, welche bisher in dieser Sache stattgefunden, und stattfinden konnte. Die dissentirenden Mitglieder selbst waren übrigens in der Versammlung gar nicht erschienen, dagegen trat der Dr. Pribil als Führer und Repräsentant dieser abweichenden Minorität auf, und überreichte das Glaubensbekenntniß derselben, welches sich allerdings jetzt im Wesentlichen an das bestehende Bekenntniß der hiesigen Gemeinde anschließt, dagegen für die neukatholische Kirche das apostolische Symbol und die bischöfliche Kirchenverfassung verlangt. Diese letzte Forderung widerspricht schon dem innersten Prinzip der neukatholischen Bewegungen, und hebt im Grunde ihre ganze geistige und religiöse Bedeutung für die Zeit auf, welche die neukatholische Kirche gerade dadurch in Anspruch nimmt, daß sie eine Laienkirche sein will. — Als ein Curiosum kann aus dieser Gemeindeversammlung noch angeführt werden, daß der früher protestantische Schulvorsteher Didler auftrat, und von dem Gemeinde-Aeltesten Herrn A. M. Müller verlangte, daß derselbe sich ferner aller und jeder schriftstellerischen Thätigkeit in religiösen Sachen enthalten solle. — In dieser Versammlung wurden auch die neuen Wahlen des Gemeinde-Vorstandes definitiv bestätigt, wonach derselbe jetzt aus 15 Aeltesten (darunter A. M. Müller, Kammergerichtsrath Galli, Dr. Radewald, Dr. Metzler), und 15 Stellvertretern besteht. Dagegen ist der Dr. Dethier jetzt aus dem Vorstande ausgeschieden. — Jetzt konstituirt sich hier ein Damen-Verein, dessen Zweck ist, aus dem Erlös weiblicher Handarbeiten die Kosten für Altargeräthe, Altardecken u. dergl. zu bestreiten. — Man spricht davon, daß sich auch hier ein Verein protestantischer Freunde nach dem Muster der bereits in Magdeburg, Halle, Königsberg und an andern Orten bestehenden bilden werde. Mehrere hiesige Mitbürger, welche die diesjährige Köthner Pfingstversammlung besuchten, sollen lebhaft von jenem Plane ergriffen und eifrig damit beschäftigt sein, ihn ins Werk zu richten. Man glaubt, daß die Regierung hiermit vollkommen einverstanden sein werde, da sie die Hebung des religiösen Lebens stets als ihre besondere Aufgabe betrachtet hat. — Vom Handels-Amte werden nach und nach die einzelnen Denkschriften über die von den Industriellen gepflogenen Berathungen ausgegeben. Mit dem Leinenhandel ist der Anfang gemacht. In den Buchhandel werden sie wohl nicht kommen, aber jedem sich dafür Interessirenden zugänglich seien. Unsere Handelswelt ist überhaupt jetzt in lebhafter Bewegung.
(Bresl. Ztg.)

Das Justiz-Ministerialblatt enthält folgende Aufforderung: „Da es wesentlich zur Beschleunigung des Geschäftsganges bei dem unterzeichneten Gericht beizutragen vermag, wenn diejenigen, welche über Versagung der Druckerlaubniß sich beschweren, außer dem gedruckten oder geschriebenen Censurstück, zugleich ein Duplikat desselben einreichen, so fordern wir die Beschwerdeführer hierdurch auf, dies in ihrem eigenen Interesse fortan möglichst zu thun. Berlin den 30. April 1845. Das K. Ober-Censurgericht. Bode." — Das Amtsblatt enthält die von den Ministern der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten, des Innern und der Finanzen, unter dem 22. April erlassene Instruktion, die Grundsätze in Ansehung der Concessionirung von Aktien-Gesellschaften betreffend, worin es heißt: I. Der Antrag auf Genehmigung der Er-

richtung einer Aktien-Gesellschaft ist überhaupt nur dann zur Berücksichtigung geeignet, wenn der Zweck des Unternehmens 1) an sich aus allgemeinen Gesichtspunkten nützlich und der Beförderung werth erscheint, und zugleich 2) wegen der Höhe des erforderlichen Kapitals oder, nach der Natur des Unternehmens selbst, das Zusammenwirken einer größern Anzahl von Theilnehmern bedingt, oder doch auf diesem Wege eher und sicherer als durch Unternehmungen Einzelner zu erreichen ist. II. Die Genehmigung zur Errichtung solcher Gesellschaften, deren Aktien auf jeden Inhaber (au porteur) gestellt werden sollen, wird nur ausnahmsweise aus besondern Gründen ertheilt werden. Es wird dabei hauptsächlich der Gesichtspunkt leitend sein, ob das Unternehmen 1) über den Kreis örtlicher Wirksamkeit und Nützlichkeit hinausgeht, und im höhern Interesse des Gemeinwohls besondere Begünstigung verdient und ob dasselbe 2) ohne Gestattung der Ausgabe derartiger Aktien überhaupt nicht würde zur Ausführung kommen können. Zu Unternehmungen der letzteren Art werden vorzugsweise ausgedehnte Unternehmungen von Communications-Anstalten, die auf Erleichterung des allgemeinen großen Verkehrs berechnet sind, gezählt werden dürfen, sofern dafür die erforderlichen Kapitalien aus weitem Kreise herbeigezogen werden müssen. III. In allen Fällen kommt es ferner darauf an, daß die Gesellschaft durch die Art ihrer Begründung eine genügende Bürgschaft gegen Täuschungen und Beeinträchtigungen des Publikums gewähre.

Berlin. — Die Herren Landtags-Deputirten haben den städtischen Behörden über die Erfolge eines Theiles der von der Stadt ausgegangenen Petitionen Mittheilungen gemacht. Die Berichte enthielten nichts wesentlich Neues. Unter Anderem ist die Petition auf Oeffentlichkeit der Sitzungen der Stadtverordneten abgelehnt worden. Die Stadtverordneten-Versammlung soll nun von ihrer Deputation darüber Vorschläge verlangt haben, in welcher Weise die Angelegenheit der Oeffentlichkeit zu fördern sei, und wird demnächst darüber Beschluß gefaßt werden.

Obgleich Herr v. Rochow noch keineswegs definitiv zum Gesandten nach Petersburg ernannt ist, so waltet doch insofern kein Zweifel über seine Sendung, als der persönliche Wille des Königs irgend welche Bedenken wohl zu beseitigen im Stande ist. Daß die Vertretung Preußens in Petersburg dermalen eine schwierige Aufgabe ist und mehr als die gewöhnliche Klugheit verlangt, wird man gern glauben. Die Russ. Diplomatie gehört zum großen Theile noch in die Venetianische Schule.

Berlin. — Man will wissen, daß der Bürgerversammlung in Königsberg die Erlaubniß zum ferneren Fortbestehen ertheilt sei. Dies würde um so bedeutsamer sein, als bekanntlich der Oberpräsident beim Verbot derselben die Aeußerung gethan: er habe Grund, anzunehmen, dasselbe sei nicht ohne Vorwissen des Königs erlassen. Die Folge solcher ertheilten Erlaubniß würde bestimmt die Bildung gleicher Vereine in Berlin, Breslau, so wie in dem größeren Theil der anderen Preußischen Städte sein. — Die Börsennachrichten der Ostsee brachten vor einiger Zeit einen vom juristischen Standpunkte geschriebenen (auch in unsere Zeitung übergegangenen) Artikel, der der Regierung das gesetzlich fundirte Recht bestritt, die neuerlich gebildeten Vereine für das Wohl der arbeitenden Klassen ihrer Integrität zu berauben. Auf die in diesem Artikel allegirten Gesetzstellen basirt sich auch die Seitens der Königsberger Bürger an den König gerichtete Immediat-Vorstellung und es wäre im Grunde also nichts Außerordentliches, wenn die Bittsteller bei dem anerkannten Gerechtigkeitssinne des Monarchen die Eingangs erwähnte Bescheidung erhalten hätten. — Als durchaus unverbürgtes Gerede cirkulirt seit einiger Zeit hier das Gerücht, daß unsere Beziehungen zu Rußland in neuester Zeit an Spannung wegen der Grenzverhältnisse zugenommen haben. Viele wollen aber daran gar nicht glauben und halten das Ganze für müßiges Geschwätz. Nur Thatsache ist es, daß diese Verhältnisse in Gesellschaften oft besprochen worden. — Wir machen auf einen in Preußen eingerissenen Mißbrauch aufmerksam. Domainenpächter dürfen nämlich nach dem Gesetze kein Land wieder verpachten. Aber einige dieser Herren wissen durch eine geschickte Umgehung des Gesetzes sich einen großen Vortheil zu sichern. Sie überlassen armen, aber arbeitsfähigen Bauern oder Ackerbürgern ein kleines Stück Land, nicht gegen ein Pachtgeld, sondern gegen Arbeitstage, welche diese Leute dem Domainenpächter zu leisten haben. Der Lohn für diese Arbeit wird nun so niedrig als möglich angesetzt und es auf diese Weise möglich gemacht, daß der reiche Domainenpächter einen Morgen, den er bei einer Verpachtung gegen baares Geld in manchen Gegenden kaum auf 4 Rthlr., nun auf 40 Rthlr. und noch höher bringt. Daß ein solches Aussaugen der Armuth ganz gegen den Willen der Regierung geschieht, bedarf wohl keiner weitern Erörterung.

Die alle Jahre von Seiten der dazu kommandirten Offiziere des topographischen Büreaus vorzunehmenden Landesvermessungen werden im Laufe dieses Sommers und Herbstes von einer Abtheilung in der Rheinprovinz, von einer andern in der Oberlausitz fortgesetzt werden. Dort ist Aachen, hier Görlitz von dem Chef des Generalstabes bestimmt, wo sich die betreffenden Offiziere in den ersten Tagen des Monats Juni versammeln werden.

Magdeburg. — Am 21. Mai ist von dem St. Katharinen-Kirchen-Kollegium der Pfarrer Uhlich zu Prömmelte zum Prediger an der St. Katharinen-Kirche erwählt worden.

Halle. — Um gehässigen Verbreitungen und irrigen Ansichten entgegenzutreten, welche über die Angelegenheit des hiesigen Pfarrers Wislicenus, wenn auch jetzt nur vereinzelt, sich kundgegeben haben, mögen zwei Thatsachen angeführt werden, welche in den letzten Tagen hier stattgefunden haben. Von sämmtlichen Kirchenvorstehern der hiesigen Neumarkt-Gemeinde, an welcher der gedachte Geistliche fungirt, ist zu Gunsten desselben eine Bittschrift an Se. Majestät den König eingereicht worden, und ebenso haben die Stadtverordneten von Halle in ihrer letzten Sitzung, an welcher 23 Mitglieder Theil nahmen, einstimmig an den Ober-Präsidenten der Provinz eine Darlegung in dem eben gedachten Sinne beschlossen. Solche Zeugnisse aus der Mitte der Kirchen- und Bürgergemeinde heraus sprechen gewiß am Beredtesten, und mögen am Besten dazu dienen, Zweifel zu entfernen und übelwollende Gerüchte zu beseitigen.

Stettin. — Gegen das Verfahren des Comités der Stargard-Posener Eisenbahn bei Einzeichnung der Aktien herrscht eine ziemlich allgemeine Erbitterung, man ist wohl nicht mit Unrecht der Ansicht, daß das Comité sich und einige nahestehende Freunde dabei auf auffällige Weise begünstigt habe. An demselben Tage, wo durch die öffentlichen Blätter die Aufforderung zum Zeichnen erging, wurden die Listen nicht allein schon geschlossen, sondern der größere Theil der Zeichnenden sogar zurückgewiesen.

Ausland.

Deutschland.

Rendsburg. — In Betreff der militairischen Dankbarkeitsangelegenheit hat das „Rendsb. Wochenbl." wörtlich Folgendes: Die gerichtliche Untersuchung, veranlaßt durch die bekannte Danksagung der 21 arretirt gewesenen Landsoldaten, an Personen, die sie mit Lebensmitteln unterstützt hatten, hat zu dem Resultate geführt, daß der Wachtschreiber und Dannebrogsmann Könisch zu einem 4tägigen Arrest, der Concipient der Dankadresse (ein Fourier) gleichfalls zu einem 5tägigen Arrest, einer der 21 aber zu einer zweimal 5tägigen Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod, ein anderer zu einer 24stündigen Cachotstrafe verurtheilt worden sind. Rechtsmittel gegen solche Erkenntnisse werden, wie wir hören, nicht zugelassen und die Verurtheilten haben sich bereits der Strafe unterwerfen müssen. Es würde gewiß im hohen Interesse für das Publikum (welches mit dem hier im Deutschen Lande noch immer geltenden Dänischen Kriegsrecht — wonach die Dankbarkeit nicht erlaubt ist! — unbekannt ist), seyn, wenn von Seiten der betreffenden Behörde dieses Erkenntniß mit seinen Entscheidungsgründen zur öffentlichen Kunde gebracht würde." — Als ausgemacht darf angenommen werden, daß auch dieses Ereigniß, gleichwie das Itzehoher und besonders der in den offiziellen „Schleswig-Holst. Anzeigen" veröffentlichte Akten-Extrakt, wofür man der Redaktion nicht genug danken kann, zur Entwickelung unserer Zustände, besonders der militairischen, das Seinige beitragen wird.

Von der Dänischen Gränze den 18. Mai. Dänische Blätter verbreiten jetzt die Nachricht, die Generalzollkammer gehe mit dem Plane um, den Anforderungen der Dänen nachgebend, die Zolllinie zwischen Jütland und Schleswig innerhalb zwei Jahren gänzlich aufzuheben. Dem Gerücht an sich ist wohl wenig Gewicht beizulegen, indeß ist es ungerecht, daß man in Dänemark darnach strebt und die Regierung im Allgemeinen, besonders auch der König mit seinen Sympathien dafür ist, weil damit ein bedeutender Schritt zur Staatseinheit gethan wird. Im nördlichen Schleswig aber hat man sich gleich gegen die in diesem Gerücht liegende Idee bestimmt erklärt und zu verwundern ist, daß es nicht auch schon in Holstein geschehen. Gewiß ist, daß, wenn das Projekt einer Zolleinheit zwischen Dänemark und den drei Deutschen Herzogthümern realisirt wird, der Anschluß dieser an den Deutschen Zollverein, wofür man hier überwiegend gestimmt ist, nicht leicht möglich sein wird. Daher sollen sich diejenigen Mächte und Privatpersonen, denen an dem Anschluß Schleswig-Holsteins und Lauenburgs an den Deutschen Zollverein gelegen ist, es angelegen sein lassen, den Anschluß zu Stande zu bringen, bevor die Dänen mit ihrem Projekt reüssiren. Dies geht weiter dahin, mit den genannten drei Deutschen Herzogthümern zu einem Zollverein mit Schweden und Norwegen, einem Skandinavischen, zu treten. Im Interesse Deutschlands aber liegt es jedenfalls, daß die Herzogthümer nicht zu einem Skandinavischen Zollverein kommen und damit Deutschland entfremdet werden, sondern zu einem Deutschen, und damit Deutschland enger verknüpft. Dies ist nicht allein in merkantilischer Hinsicht von Wichtigkeit, sondern auch in politischer; der Deutsche Zollverein gewönne mit Schleswig-Holstein an der Ostsee und Nordsee eine Reihe schöner Häfen und eine Handelsflotte, die größer ist als die Dänische. Ein Skandinavischer Zollverein, ein Verein der drei Skandinavischen Königreiche dürfe übrigens für diese von Nutzen sein, und wenn erst die Herzogthümer zum Deutschen Zollverein gezogen wären auch für Deutschland, indem nämlich das

Verhältniß auf einen Handelstraktat geregelt werden könnte.

Dresden, — Es ist jetzt ein öffentliches Geheimniß hier, daß ein Aufsatz des Diak. Pfeilschmidt in den „Sächsischen Vaterlandsblättern" das Mißfallen der kirchlichen Behörden in so hohem Grade erregt hat, daß Pfeilschmidt aufgefordert worden ist, sich zu verantworten, wie er die in jenem Aufsatz niedergelegten Meinungen und Aussprüche „mit seinem Amtseid" vereinbaren wolle. Wir hören, daß Pfeilschmidt sich verantworten wird.

Frankreich.

Paris den 22. Mai. Herr Guizot wird, dem Vernehmen nach, schon zu Anfang nächsten Monats in der Kammer erscheinen und dann auch die vollständige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wieder übernehmen. Die Vorträge der Direktoren seines Departements werden schon bei ihm gehalten. In der letzten Zeit soll ihn vorzüglich die Unterhandlung in Bezug auf das Durchsuchungs-Recht beschäftigt haben, die, wie verlautet, jetzt zum Schluß gediehen. Capitain Bouet hat angeblich dem Ministerium die Nachricht davon überbracht. Eine letzte Konferenz zwischen Dr. Lushington und dem Herzog von Broglie fand, wie es heißt, bei Sir R. Peel statt, und ein Schreiben des Französ. Bevollmächtigten meldet den definitiven Abschluß. Es soll von dem Kabinette nunmehr definitiv entschieden seyn, daß der Deputirten-Kammer unmittelbar nach der Unterzeichnung der auf die temporaire Anwendung neuer wirksamer Mittel zur Unterdrückung des Sklavenhandels bezüglichen Convention der Gesetzentwurf für den Vollzug derselben vorgelegt werden solle. Der erwähnten neuen Uebereinkunft gemäß würden Frankreich und England eine gleich starke Anzahl von Schiffen aussenden, die an den Punkten der Afrikanischen Küste, wo der Sklavenhandel vornehmlich getrieben wird, kreuzen und alle Niederlassungen, wo sich die Sklavenhändler mit Menschenwaare zu versehen pflegen, zerstören sollen. Der Gesetzentwurf, welchen Herr Guizot selbst vorzulegen übernommen hätte, beantragt die Bewilligung der Geldmittel, welche zu der durch jene Convention nöthig gewordenen Vermehrung der Marine erforderlich sind. Nach dem Schluß der Session würde dann Herr Guizot noch einen zweimonatlichen Urlaub nehmen, aber ohne das Portefeuille interimistisch wieder in Herrn Duchatels Hände zu geben.

Der Präfektur-Rath setzt nach mehrwöchentlicher Unterbrechung sein Einschreiten gegen die National-Garde-Offiziere, welche an der Unterzeichnung von Petitionen gegen die Bewaffnung der Festungswerke von Paris Theil genommen, jetzt wieder fort. In diesen letzten Tagen sind wieder mehrere dieser Offiziere auf zwei Monate suspendirt worden.

Die Deputirten-Kammer beschäftigte sich gestern noch mit der Berathung über die den Actien-Compagnieen, welche auf die Nordeisenbahn zu bieten gedenken, zu stellenden Detail-Bedingungen und hat heute den ganzen Gesetz-Entwurf mit 253 Stimmen gegen 10 angenommen.

Die Verordnung zur Ernennung der sechs neuen Pairs ist heute im Moniteur erschienen.

Der Herzog von Montpensier wird sich nach Beendigung der Expedition, an welcher er in diesem Augenblick in Algerien Theil nimmt, nach Konstantinopel begeben.

Nach Berichten aus Algier ist dort ein Marokkanischer Abgeordneter angekommen, welcher die Nachricht überbringt, daß der Sultan Abd el Rhaman die mit dem General Delarue abgeschlossene Gränz- und Handels-Convention nicht ratifizirt hat.

Nachrichten aus Algier vom 12ten melden den Aufbruch der Expedition des Marschalls Bugeaud gegen die empörten Stämme des Warenseris. In der Ebene von Orleansville war Alles wieder ruhig; vom Oberst St. Arnaud hatte man keine zuverlässigen Nachrichten. Die Stämme des Dahara sollen bereits schriftlich den Aman vom Marschall selbst verlangt, dieser ihn aber verweigert haben, da er sie für ihren Aufstand züchtigen will. Etwa dreißig Frauen und Männer der empörten Stämme waren in der Gewalt des Ober-Kommandanten von Orleansville. An General-Lieutenant von Lamoriciere soll Befehl ergangen sein, seine Operationen im Westen zu beginnen. Er war am 1. Mai mit 500 Mann Infanterie und 200 Jägern von Afrika aus dem Lager Sidi-Bel-Abbas aufgebrochen, um einen Aufstands-Versuch bei den Sdamas zu unterdrücken. Auf dem Dampfschiffe „Phare" war ein junger Marokkaner, Abgesandter des Kaisers, mit Briefen für General Delarue und den Marschall zu Algier angekommen; dieser Abgesandte ist Sid-Mohammed Ben Hattal, Unter Beamter des Kaid von Uschda, der an der Abfassung der Verträge Theil nahm. Er führt eine starke Geldsumme mit sich.

Die Börse war heute in fast sämmtlichen Effekten, namentlich in der Französischen 5 pCt. Rente sehr gedrückt.

Spanien.

Madrid den 16. Mai. Mancherlei Gerüchte über die Reise Hrn. Bulwer's nach London sind in Umlauf, die wohl wenig Begründung haben. Keine Partei ist nämlich mit dem Englischen Gesandten zufrieden, da er sich nicht zum Werkzeuge ehrgeiziger Pläne weder der Progressisten noch der Narvaez'schen Partei hingeben wollte. In Progressistischen Kreisen spricht man von einem Zwiste des Herzogs von Glücksberg mit Narvaez, welcher ersteren aus Eifersucht so beleidigt haben soll, daß eine Herausforde-

rung fast die Folge gewesen wäre. Daß General Narvaez und Christine in schlechtem Verständniß stehen, ist gewiß. Narvaez ist gewandter als Espartero und hat dabei so viel Energie, daß man ihn fürchtet. Christine weiß indessen durch Ruhe und List ihm zu imponiren, so daß es schwer zu sagen wäre, wer von ihnen Beiden auf die Dauer den Sieg davon trägt. Narvaez soll anfänglich nicht sehr geneigt gewesen sein, die Königin nach Barcelona zu begleiten, da man ihn aber nicht entbehren will und ihm nicht traut, so bestand die Königin fest darauf, und so muß er wohl. Die Bäder zu Caldas sind der Königin sehr nöthig, da ihr skrophulöses Leiden nichts weniger als gehoben ist; sie ist unverhältnißmäßig korpulent geworden. — Die Eisenbahnpläne aller Art sind mehr auf dem Papier als in Wirklichkeit.

Großbritannien und Irland.

London den 20. Mai. Die Königin gab gestern im Buckingham Palast einen äußerst glänzenden Staatsball, zu welchem fast 2000 Einladungen ergangen waren.

Der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz haben sich gestern in Dover nach Deutschland via Calais eingeschifft. Der Prinz Georg von Cambridge begleitet dieselben bis Calais.

An der Tagesordnung stand gestern im Unterhause die dritte Lesung der Maynooth-Bill, welche indeß nicht bewirkt werden konnte, da die Debatte darüber nicht zum Schluß gedieh. Man bewegte sich in den bekannten Argumenten für und wider die Bill; Herr Ewart das radikale Mitglied für Dumfries, brachte wiederum ein sogenanntes „voluntary principle" Amendement in Vorschlag, daß indeß bald zurückgezogen wurde, als Herr Bankes, von Seiten der Ultra-Tories, die dritte Lesung auf sechs Monate auszusetzen, d. h. die Verwerfung der Bill, beantragte. Ueber diesen Antrag entspann sich die eigentliche Debatte des Abends, welche indeß wenig Bemerkenswerthes mehr darbot, nachdem der Gegenstand so vielfach schon erschöpft ist. Sir R. Inglis unterstützte den Antrag, die Herren M'Geachy und Spooner, konservative Mitglieder, widersetzten sich demselben, eben so Lord Ingestre, worauf die Vertagung auf den Antrag des Herrn Lawson erfolgte.

Die in einem meiner letzten Briefe enthaltene Nachricht, die Königin werde in diesem Sommer nicht nach Irland gehen, bestätigt sich nunmehr vollständig, und es kann dies als ein genügendes Anzeichen der gegenwärtigen Beschaffenheit des irländischen Volksgeistes angesehen werden, der, trotz aller gepriesenen Loyalität und Ergebenheit, die Gegenwart der Souverainin doch nur zu neuen Demonstrationen frecher Auffässigkeit benutzen dürfte. Eine der Ursachen, welche die Irländer so leicht zu Opfern ihrer Demagogen und ihrer zügellosen Presse machen, ist wohl der gänzliche Mangel wissenschaftlicher Bildung und ihre tiefe Unwissenheit als dessen, was in der übrigen Welt, ja, was in dem übrigen Theile des Vereinigten Königreichs vorgeht.

Es ist bis jetzt noch keine zuverlässige und amtliche Nachricht über die Absichten des Kabinets von Washington hinsichtlich der gegenwärtigen Gestaltung der Oregon-Frage hier eingegangen, und wie friedlich auch die Sprache der Handelswelt New-Yorks, so wie überhaupt alle richtig denkende Männer in den Vereinigten Staaten, sein mag so wird doch ohne Zweifel die demokratische Partei des Westens große Leidenschaftlichkeit offenbaren. Herrn Polk's unkluge Sprache hat ihn in eine arge Verlegenheit gebracht; denn nach Allem stellt sich die Frage, ob die Vereinigten Staaten jene angreifende Politik befolgen oder aufgeben sollen, welche gegenwärtig der Ruhm ihrer demokratischen Organe ist. Von Seiten Englands wird man nicht lange schwanken und nicht viel nachgeben, und die einzig zulässige Form einer Konzession ist in der That gegenwärtig auch nur diejenige, welche die Theilung des Oregongebiets unter den beiden Anspruch erhebenden Parteien einer dritten Macht anheimstellt.

Den Times wird unter dem 30. April aus Petersburg geschrieben, daß Prinz Albert dort im Laufe des Sommers erwartet werde, um den Besuch des Kaisers in London zu erwiedern. Prinz Georg von Cambridge würde ihn dorthin begleiten, was möglicherweise auf eine Verbindung mit der Großfürstin Olga hindeute. Letzteres sei indessen nur bloßes Gerücht, was noch Bestätigung verdiene. — Die Times hatten auch Nachrichten aus Neapel vom 5. d. erhalten, wonach der König und die Königin von Neapel die Einladung Ludwig Philipp's, Paris in diesem Sommer zu besuchen, nicht angenommen hätten. Graf Trapani soll selbst den Anlaß gegeben haben, daß seine Vermählung mit der Königin von Spanien sich nicht realisire. Dagegen schreibt man von Madrid, daß diese beabsichtigte Verbindung in Spanien sehr unpopulair sei. — Das Dampfschiff Great Western ist vorgestern wieder nach New-York unter Segel gegangen.

Italien.

Rom den 12. Mai. (D.A.Z.) Obgleich die diplomatische Stellung des neuen französischen Ministers Herrn Rossi der römischen Kurie gegenüber aus politischen und persönlichen Rücksichten eine keineswegs freundliche ist, so dürfte doch die öffentliche Meinung über dieses Verhältniß durch die Berichte mancher Zeitungs-Korrespondenten irre geleitet werden. Es ist durchaus falsch und ungereimt, wenn sie verkündeten, daß man im Vatikan durch das

Staats-Sekretariat mit dem genannten Diplomaten nicht persönlich, sondern nur schriftlich über französische Kirchen-Angelegenheiten zu unterhandeln beschlossen habe. Wir können dagegen versichern, daß Herr Rossi nicht allein an dem in jeder Woche für die Audienz des diplomatischen Corps beim Staats-Sekretair Kardinal Lambruschini angesetzten Tage, sondern auch sehr oft außer demselben mit ihm in Person verhandelt.

Der Kardinal Capaccini ist nunmehr völlig wiederhergestellt, wird sich aber, um dem schädlichen Einflusse der Sommerhitze in der Hauptstadt zu entgehen, schon in den nächsten Tagen nach dem adriatischen Meere begeben.

Türkei.

Konstantinopel den 3. Mai. (A Z.) Das Zerwürfniß mit Griechenland dauert fort und die Pforte scheint durch die Eröffnungen des bereits angekommenen Bourqueney durchaus nicht beruhigt worden zu sein. Schekib Effendi glaubte dem die Stelle eines Griechischen Geschäftsträgers vertretenden Hrn. Argyropulos eine verlangte Unterredung abschlagen zu müssen und zwar mit der schnöden Antwort, er — der Reis-Effendi — habe es bloß mit den Gesandten der drei Schutzmächte und sonst mit Niemandem zu thun. Auch erließ der Reis-Effendi am 26. d. M. eine Note an die letzteren, worin er sich mit vieler Bitterkeit über die Unwirksamkeit ihrer Vermittlung beklagen und erklären soll, daß er bis jetzt nur mit schönen Worten abgespeist worden und nicht das Geringste noch von ihrer Seite geschehen sei, um den Umtrieben der Griechen ein Ziel zu setzen.

Griechenland.

München den 20. Mai. In so großer Entfernung und bei der Betheiligung so mancher wohl für immer geheim bleibender Kräfte hält es sehr schwer, sich von dem, was in Athen vorgeht, ein treues Bild zu entwerfen und was im Werke sei, auch nur mit einiger Bestimmtheit zu bezeichnen, doch deutet so Vieles auf eine allgemeine Katastrophe hin, die herbeigeführt werden dürfte, daß wohl Veranlassung zu gerechten Besorgnissen vorhanden ist. Es sind die unteren Volksklassen, auf die man zu wirken bemüht ist, und täuscht nicht Alles, so hält man sich dabei der kirchlichen Mitwirkung für eben so versichert, als des Abfalles der Truppen von Seite derjenigen, die in dem Augenblicke von der Gewalt verdrängt werden sollen, wo sie diese sich gesichert zu haben schienen. Der einzige Hoffnungs-Anker ruht auf der erprobten Weisheit des Königs, von welcher allein inmitten der tobenden Leidenschaften noch Heil und Rettung zu erwarten ist.

Vermischte Nachrichten.

Nachfolgende Anekdote wird den Lesern nicht uninteressant sein. Uhlich, Pastor und Vorsitzender der Lichtfreunde, kommt zum Herzog von Köthen, um ihm die unter solchen Verhältnissen schickliche Aufwartung zu machen. Der Herzog sagt ihm, daß man von ihm das Verbot der Versammlung der Lichtfreunde verlangt habe. Indeß, fügte er hinzu, meine Behörden haben sie einmal gestattet und überdies wenden sie sich ja wohl nicht gegen das positive Christenthum? fragte er. Bewahre! antwortete Uhlich. „Nun denn, thun Sie was Sie wollen, wenn Sie nur das Positive unangetastet lassen."

In der Nacht vom vorigen Montag auf den Dienstag ist ein schreckliches Verbrechen auf der Eisenbahnstation zu Löwen verübt worden. Des Morgens fand man den Eisenbahn-Beamten, welcher die Wache hatte, ermordet. Das Büreau des Empfängers und die Kasse waren erbrochen und alles Geld geraubt.

Zu Madrid erscheint jetzt ein Blatt unter folgendem drolligen Titel: „Der Esel, eine viehische Zeitschrift, von einer Gesellschaft Eseln herausgegeben."

Bekanntmachung.

Der Kaufmann Karl Freter von hier ist durch das Erkenntniß der I. Abtheilung des Königl. Ober=Landesgerichts hierselbst vom 2. Mai d. J. für einen Verschwender erklärt worden und es darf demselben daher kein Kredit weiter gegeben werden.

Posen, den 9. Mai 1845.

Königl. Ober=Landesgericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Nachstehende abgepfändete Gegenstände:
1) eine goldene Kette,
2) ein Paar goldene Ohrringe,
3) sechs goldene Ringe,
4) ein goldnes Schlößchen zu einem Halsbande,
5) zwei silberne Gemüselöffel,
6) zwölf silberne Eßlöffel,
7) neun silberne Theelöffel,
8) ein silberner Sahnlöffel,
9) zwei Zuckerzangen von Silber,
10) zwei Paar Käsemesser mit silbernen Griffen,

werden in dem am 20sten Juni c. Vormittags um 10 Uhr im hiesigen Gerichte vor dem Herrn Kanzleidirektor Herodes anstehenden Termine an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung öffentlich verkauft werden.

Samter, den 18. April 1845.

Königl. Land= und Stadtgericht.

Der hiesige Israelitische Corporations=Vorstand bringt hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß mit höherer Genehmigung für diejenigen Herren Corporations=Mitglieder, welche durch Abwesenheit oder sonstige Umstände, die hinter sich habenden Krupken=Marken noch nicht ausgeliefert haben, ein neuer, aber endlicher, unwiderruflicher Präklusiv=Termin

auf den 1sten Juli c.

angesetzt worden ist.

Posen, den 12. Mai 1845.

Meinen hochgeehrten Kunden mache ich hiermit die ergebene Anzeige, daß sich mein großes Lager ächt türkischer, indischer und französischer Shawls und Magazin der neuesten Mode= und Manufaktur=Waaren wie bisher

Naschmarkt Nro. 42., Ecke der Schmiedebrücke

befindet. Breslau, im Mai 1845.

Moritz Sachs.

Saat=Hafer zu haben bei M. Breslauer, Breitestraße No. 18.

Trockene Bohlen und Fußbodenbretter zu haben Graben No. 17. Das Nähere bei

M. Breslauer, Breitestraße Nr. 18.

---

6 Thaler Belohnung.

Mein Hühnerhund, ganz braun, stark gebaut, mehr lang= als glatthärig, an der hintern Seite des Behanges am linken Ohr, in Folge früherer Verletzung, einen starken Einschnitt, ist mir gestohlen worden. Derjenige, welcher mir diesen Hund zurück bringt, oder so nachweist, daß ich denselben zurück erhalte, erhält vom Unterzeichneten obige Belohnung und wird zugleich hiermit vor Ankauf desselben gewarnt.

Posen, den 26. Mai 1845.

Carl Scholtz, Markt No. 92.

Einem hohen Adel und geehrten Publikum empfehle ich mich bei meinem Hierseyn als Kammerjägerin, und unterziehe mich der Vertilgung der Ratten, Mäuse und Wanzen innerhalb einer halben Stunde, worüber ich ein Attest vom Herrn Polizei=Präsidenten v. Minutoli in Händen habe; insbesondere empfehle ich auch ein probates Mittel gegen Hühneraugen, wofür ich von den vornehmsten Herrschaften Atteste besitze. Meine Wohnung ist im Hotel zum weißen Adler No. 3.

Königl. Kammerjägerin A. Dreiling aus Danzig.

Donnerstag den 29. Mai:

Großes Garten=Konzert.

Anfang 5 Uhr Nachmittag. Entrée $2\frac{1}{2}$ sgr. Herren können zwei Damen entréefrei einführen. Zum Abendessen grüne Aale, Spargel und verschiedene Braten.

Der jetzt in vollem Blüthenflor prangende und seinem Ende sich nahende Mai dürfte die Freunde der schönen Natur recht zahlreich hierzu einladen.

Gerlach.

Börse von Berlin.

Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel.

Den 26. Mai 1845.	Zins-Fuss.	Preus. Cour. Brief.	Preus. Cour. Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{12}$	—
Präm.-Scheine d. Seehandlung	—	$93\frac{1}{2}$	—
Kurm. u. Neum. Schuldverschr.	$3\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{4}$	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	100	$99\frac{1}{2}$
Danz. dito v. in T.	—	48	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$98\frac{3}{4}$	—
Grossherz. Posensche Pfandbr.	4	$103\frac{3}{4}$	—
dito dito dito	$3\frac{1}{2}$	$97\frac{3}{4}$	—
Ostpreussische dito	$3\frac{1}{2}$	—	$98\frac{1}{2}$
Pommersche dito	$3\frac{1}{2}$	$98\frac{3}{4}$	$98\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärkische dito	$3\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{4}$	—
Schlesische dito	$3\frac{1}{2}$	$99\frac{3}{8}$	$98\frac{7}{8}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Thlr.	—	$12\frac{1}{12}$	$11\frac{7}{12}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Actien.			
Berl. Potsd. Eisenbahn	5	$201\frac{1}{2}$	$200\frac{1}{2}$
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	—
Magd. Leipz. Eisenbahn	—	183	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	$103\frac{1}{2}$
Berl. Anh. Eisenbahn	—	$148\frac{1}{2}$	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	$102\frac{1}{4}$	$101\frac{3}{4}$
Düss. Elb. Eisenbahn	5	101	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	100	—
Rhein. Eisenbahn	—	$95\frac{1}{2}$	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	100	$99\frac{1}{2}$
dto. vom Staat garant.	$3\frac{1}{2}$	$97\frac{1}{2}$	—
Berlin-Frankfurter Eisenbahn	5	163	162
dito. dito. Prior. Oblig.	4	—	—
Ob.- Schles. Eisenbahn	4	—	$116\frac{1}{2}$
do do. do. Litt. B. v. eingez.	—	110	—
Brl.-Stet. E. Lt. A und B.	—	$126\frac{5}{8}$	$125\frac{5}{8}$
Magdeb-.Halberstädter Eisenb.	4	$105\frac{1}{2}$	$104\frac{1}{2}$
Bresl.-Schweid.-Freibg.-Eisenb.	4	—	—
dito. dito. Prior. Oblig	4	—	—
Bonn Kölner Eisenbahn	5	—	—
Niedersch. Mk. v. c.	4	—	—